

aus Franken

Horch amol!

4/08

DEUTSCHLAND IM WANDEL DER ZEITEN



OBdachlosigkeit in Deutschland

PRÄSIDENT DER ÄRZTEKAMMER NEOLIBERAL?



PLÄNE: ZWANGSARBEIT in Deutschland

**Die kostenlose Zeitschrift für Hartz IV-Empfänger,
Sozialhilfebezieher und andere verarmte Bürger**

Kommentar

von Thomas M. Müller

Seit Bestehen der ARGEn wird deren wurstiger Umgang mit Gesetzen angegriffen und ausgerechnet der Chef der ARGE Bamberg meint sich nun über die ALG II Bezieher erheben zu müssen und stellt diese als ein Heer von Betrügern dar, die sich an Stammtischen zum organisierten Sozialbetrug verabreden und denen man daher einen Denkkzettel verpassen müsse. Wir meinen, daß wer im Glashaus sitzt, besser nicht mit Steinen werfen sollte. Legion sind die Fälle in denen die ARGEn bewußt gegen Gesetze verstossen. Unzählbar die Fälle in denen die Gerichte ständig die selben Sachlagen verhandeln müssen, weil die ARGEn immer wieder die selben Verstöße begehen. Ob es illegale Wohnungsbesichtigungen sind, rechtswidrige Kürzungen bei den Heizkosten, gesetzwidrige Kürzungen bei Krankenhausaufenthalten oder Kuren. Ständig zeigen die ARGEn sehr deutlich, wie wenig sie von Recht und Gesetz halten. Sie erheben sich über die Gerichte und verursachen durch unbegründete Sanktionen sogar Todesfälle durch Verhungern, wie u.a. in Speyer. Wir erinnern auch an den Fall einer ARGE, bei der man sogar ein Gerichtsurteil einfach ignorierte, bis die Richterin die Nase voll hatte und Zwangsvollstreckung beantragte. Die Bürgermeisterin des Ortes war erst dazu zu bringen die ARGE zum Vollzug des Urteils zu bewegen, als man ihr mit Pfändung ihres privaten Autos drohte. Nein, die ARGEn, die sich als Hüter des Volksvermögens aufspielen und meinen sie müßten selbst mit illegalen Mitteln Sozialbetrug verhindern, haben selbst die schwärzesten Westen.

„Immer wieder wird am Stammtisch beratschlagt, wie man die ARGE (Arbeitsgemeinschaft) ausschmieren kann“, hat Helmut Burgis, Geschäftsführer der ARGE Arbeitsagentur - Landkreis Bamberg, vernommen.

Wo Herr Burgis dieses vernommen haben will, daß sagt er natürlich nicht. Uns sind keine Erwerbslosen bekannt, die über die Finanzmittel verfügen, sich zum Stammtisch zu treffen. Bei rund 5 Euro für Nahrungsmittel und Getränke pro Tag auch recht unwahrscheinlich.

Herr Burgis weißt auch darauf hin, daß seine ARGE Bußgelder in Höhe zwischen 20 und 40 Euro verhängen kann. Da weisen wir doch gerne Herrn Burgis umgekehrt darauf hin, daß es im SGB kein Gesetz findet, daß der ARGE ein solches Recht einräumt. Also wieder eine Gesetzwidrigkeit der ARGE gegen die man gerichtlich vorgehen kann und soll. Und selbst die im Gesetz erlaubten Sanktionen werden nach Eingeständnis der Bundesregierung in der Mehrzahl der Fälle gesetzwidrig verhängt.

Die Seiten von Selbsthilfeforen, wie z.B. des Erwerbslosenforum.de sind voll von weiteren Beispielen. Hier verabredet man sich keineswegs zum Sozialbetrug, wie einmal Superminister Clement dem Forum unterstellte, sondern hilft jenen weiter, die von den ARGEn immer wieder so in die Ecke getrieben werden, daß die Existenz auf dem Spiel steht. Hier erfahren sie, daß Sanktionen unrechtmäßig sind, daß die ARGEn sich massenhaft am Sozialbetrug durch illegale 1-Euro-Jobs beteiligen, aber auch wie man sich zur Wehr setzen kann. Die Foren sind für viele die einzige Chance nicht unter zu gehen.

Peinlich, wenn sich Medien zum Partner der ARGEn machen, um wie einst schon Clement in volksverhetzender Weise auf die Ärmsten der Armen einzudreschen. Wir erinnern an Clement, der Erwerbslose als Schmarotzer bezeichnete. Herr Burgis durfte im Artikel von Frau Susanne Schilling, erschienen im „Fränkischer Tag“ vom 18.04.2008 sein Gift verspritzen. Ob Frau Schilling schon einmal in den Genuß der Leistungen einer ARGE gekommen ist? Wir bezweifeln es, denn sie schreibt in ihrem Artikel auch noch die ARGE-Mitarbeiter würden sich redlich bemühen den Antragstellern zu helfen. Die Realität ist eine andere. Nicht umsonst empfehlen alle Selbsthilfeorganisationen den Bedürftigen auf gar keinen Fall allein zu Terminen in den ARGEn zu erscheinen. Beleidigungen, Beschimpfungen sind an der Tagesordnung, Drohungen nicht selten und Fehlinformationen völlig normal.

Das Ziel solcher Artikel kann es nur sein den „normalen“ Bürger für dumm zu verkaufen und zu verhindern, daß dieser sich mit den Opfern der asozialen deutschen Politik verbündet. Denn nur wer die Lügen der Politik glaubt und gleichzeitig einen geeigneten Sündenbock zur Abreagieren seiner Wut präsentiert bekommt, der ist leicht zu regieren.

In diesem Sinne fordern wir die Wahrheit über die Verbrechen der ARGEn. Wir fordern die Wahrheit über massenhafte Verstöße gegen die Menschenrechte in Deutschland. Und wir fordern mit allen Opfern, daß dies endlich ein Ende hat. Weg mit der menschenverachtenden Agenda 2010 und den verbrecherischen Sozialgesetzen. Wir fordern unseren Sozialstaat zurück, der uns im Grundgesetz garantiert wird und den man uns gestohlen hat.

Deutschland im Wandel der Zeiten

von Hans-Jürgen Graf

Der Dalai Lama, der sich kurz in Nürnberg zu einem Besuch einfand, lobte laut der Lokalpresse (Nürnberger Nachrichten), Deutschland als ein Land, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgebaut hätte und sich seither glaubwürdig für die Menschenrechte einsetze. Mit dem OB von Nürnberg, Dr. Maly und dem bayerischen Innenminister Hermann führte er Gespräche über die Menschenrechte und in diesem Zusammenhang fielen auch diese Worte. Nun, auch eine Heiligkeit, wie der Dalai Lama ja von seinen Anhängern bezeichnet wird und an ihn geglaubt wird, kann sich wahrscheinlich nicht den weltlichen Einflüssen gänzlich entziehen. Tibet braucht nun einmal die Hilfe der westlichen Welt um endlich einmal die lange überfällige Eigenständigkeit zu erlangen und befreit zu werden aus chinesischer Unterdrückung. Da ist vielleicht auch legitim, bei bestimmten Staaten nicht so genau hinzuschauen, wie denn die tatsächliche Lage hinsichtlich der Einhaltung von Menschenrechten ist. Ganz sicher haben wir in Deutschland noch keine Zustände wie in China, Tibet und vor allem nicht ähnliche wie in den Staaten der krassesten Armut.

Jedoch glaube ich nicht, dass einem so intelligenten und warmherzigen Menschen entgangen sein sollte, dass die Bestrebungen der deutschen Regierung dorthin zu kommen, massivst zugenommen haben. Nun, gänzlich und offiziell außer Kraft gesetzt hat man die Menschenrechte in Deutschland noch nicht, das ist wahr. Wenn man dann aber wieder an die Äußerungen eines F. Münteferings zurückdenkt, der keinem etwas zu essen gönnte, der nicht arbeitet. Oder ein Herr Clement, der sogar einen parasitären Vergleich im Zusammenhang mit Sozialleistungsbezieher nicht scheute. Oder ganz aktuell ein Bundeswirtschaftsminister, der die

Einführung von Zwangsarbeit fordert, dann müsste es eigentlich auch dem Letzten wie Schuppen von den Augen fallen. Im Rahmen meiner Überlegungen zu diesem Artikel kam mir auch in den Sinn, wie denn eigentlich die politischen Bestrebungen der Regierungen der B.R.D. bezüglich der Bürger- und Menschenrechte in der Vergangenheit bis heute waren. Hierzu möchte ich eine kleine Rückschau zu historischen Ereignissen in der Bundesrepublik halten, und bediene mich dazu einiger Ausschnitte aus meinem Buch „Abstellgleis Hartz IV“:

„Wir sind noch einmal davongekommen“, „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ tönnte es in den Straßen der Nachkriegsjahre 1945-49. Solche und ähnliche Slogans sollten damals die wirkliche Überzeugung vieler Menschen ausdrücken. Kommend aus einer Zeit der Barberei und des Massenmords wollten sie keine derartigen Geschehnisse mehr, nein! Es musste endlich ein Ende haben, ein Ende der

Gewalt, der Benachteiligung, der Erniedrigung, des Meuchelns, des Tötens. Eine neue Freiheit des geschundenen Geistes sollte den Weg frei machen für Gemeinsamkeit, Verantwortung miteinander und für eine gewaltfreie Welt. Viele dachten, dass die vergangenen Schrecken so fürchterlich waren, dass sie das Kommen neuer Schrecken verhindern könnten. Doch keiner glaubte, sich zu irren.

Jedoch begann schon damals der „Irrtum“. In einem interessanten Kommentar auf der Homepage der Rechtsanwaltskanzlei Geerkens & Frommen aus Neuss, über die NS-Justiz, tun sich zwar schon seit geraumer Zeit bekannte Perspektiven auf die aber bereits schon wieder seit Jahren in Vergessenheit geraten. In einem Artikel der Zeitschrift für Rechtspolitik, im Jahr 2000, schrieb Dr. Theodor Rasehorn zur Renazifizierung der Nachkriegsjustiz und bemängelte, daß 50.000 Todesurteile der NS-Zeit ungesühnt geblieben sind. Dies ist auf eine Rechtsprechung von Richtern zurückzuführen, die im Dritten Reich bereits tätig waren. Rasehorn fragt am Ende seines Beitrages u.a., wie es möglich war, daß die NS-Mordrichter nach dem Krieg eingestellt wurden und was



hinter ihrem Aufstieg stand.

Das auf der Grundlage des Art. 131 GG im Jahre 1951 erlassene Gesetz verpflichtete praktisch die Behörden, die NS-Beamten, wozu auch die Richter gehörten, bevorzugt wieder einzustellen. NS-Richter und NS-Beamte bildeten die absolute Mehrheit. Ihnen gelang es erfolgreich, die Einstellung vertriebener Kollegen zu verhindern, so schreibt RA Geerkens in seinem Kommentar.

Weiter schreibt RA Geerkens: 1950 feierte der BGH nicht etwa seine Neugründung, sondern der damalige Justizminister erinnerte nur an die 'ausgezeichneten Leistungen des Reichsgerichts' und forderte, der Geist des Reichsgerichts müsse auch die Arbeit des BGH durchwalten, was in den kommenden 20 Jahren dann auch spürbar wurde. Vier Jahre später wurde gar das 75jährige Jubiläum des Reichsgerichts gefeiert. Weinkauff erklärte damals, der BGH habe das Erbe des Reichsgerichts übernommen, das Reichsgericht sei am 1.10.1950 wiedereröffnet worden, was wohl auch unbestritten ist. Kontinuität also auf der ganzen Linie. Also gab es, zumindest auf juristischer Ebene kaum, bis gar keine, Distanzierung zur Nazi-Vergangenheit. Juristen, die unter der Herrschaft der Nazis verheerende Urteile über die Menschen gefällt haben, haben nach 1945 und weiter hinaus ihre Tätigkeit als Jurist in eigentlich allen Verantwortungsebenen, weiter ausüben können.

Gleiches und in ähnlichem Ausmaß geschah auf der Seite der Medizin. Hierzu drei Beispiele aus meinem Buch:

„Vor 50 Jahren entließ der DDR-Ministerrat unter hoher Geheimhaltung Naziverbrecher vorzeitig aus dem Knast. Einige machten später in Westdeutschland Karriere - zum Beispiel Robert Herzer, ein besonders fleißiger Euthanasie-Arzt. Es war eine denkwürdige Sitzung, zu der sich der Ministerrat der DDR - heute vor 50 Jahren - am 22. Dezember 1955 traf. „Beschluss über die vorzeitige Entlassung von Kriegsverurteilten“, stand als erster und wichtigster Punkt auf der Tagesordnung. „2.616 Kriegsverurteilte sind vorzeitig aus der

Haft zu entlassen“, verfügten die Minister zwei Tage vor Heiligabend. Die Aktion mit dem klangvollen Namen „Schmetterling“ unterlag „erhöhten Sicherheitsbestimmungen“. Der Klassenfeind im Westen sollte offenbar nicht mitbekommen, dass die DDR, die sich der konsequenten Verfolgung von NS-Verbrechern rühmte, per Gnadenerlass entnazifizierte. „Eine Unterrichtung westdeutscher oder westberliner Polizeibehörden entfällt“, hieß es in der „Arbeitsrichtlinie“ der Schmetterlings-Aktion. Die Geheimhaltung war auch im Sinn der NS-Verbrecher. Sie konnten, wie das Beispiel des Euthanasie-Arztes Robert Herzer aus Großschweidnitz zeigt, im Westen unbehelligt Karriere machen. Herzer, der als Häftling im Gefängnis-Krankenhaus Klein-Meusdorf bei Leipzig seit 1954 wieder als Arzt eingesetzt wird, geht in nach seiner Freilassung in den Westen. Beim Technischen Überwachungsverein Baden e.V. findet er einen neuen Job. Der Arzt hilft als freier Mitarbeiter beim Aufbau des des medizinisch-psychologischen Institutes in Mannheim. Das Institut beschäftigt sich mit der Frage, ob jemand, der beim dritten Mal durch die Führerscheinprüfung gefallen ist, überhaupt geeignet ist, Auto zu fahren. Dem TÜV verschweigt der Arzt seine NS-Vergangenheit.

„Gerichtliche Strafen: keine“, steht unter § VII in Herzers Personalbogen, den der Arzt unterschrieben hat. „Die Personalakte weist ausschließlich Zeugnisse auf, die die Leistungen von R. Herzer würdigen“, schreibt die Presseabteilung in einer Stellungnahme an stern.de. „Insofern muss die TÜV SÜD AG heute davon ausgehen, dass dem TÜV Baden e.V. seinerzeit von Vorstrafen des R. Herzer nichts bekannt war.“ (aus: <http://www.stern.de/politik/historie/:Aktion-Schmetterling-Der-Nazi-Arzt-T%DCV/551904.html>) Sie sind für die kaltblütige Ermordung von hunderttausenden Menschen verantwortlich: Doch statt gerecht bestraft zu werden, wurden viele «Rassenhygieniker» nach dem Krieg mit verantwortungsvollen Posten «belohnt». Prof. Dr. Otmar von Verschuer half als «Rassen-

hygieniker» die NS-Rassenpolitik wissenschaftlich zu legitimieren - nach dem Krieg wird er Leiter des grössten humangenetischen Instituts in Deutschland. Prof. Dr. Werner Heyde organisierte die Ermordung von fast 100'000 Kranken im Rahmen der so genannten «Euthanasie-Aktion» - nach dem Krieg arbeitet er als psychiatrischer Gutachter für die Justiz in Schleswig-Holstein. Dr. Klaus Endrweit war an der Ermordung von fast 2.000 Behinderten in der Tötungsanstalt Sonnenstein bei Pirna beteiligt - nach dem Krieg behandelt er in seiner Praxis Patienten, die nicht ahnen können, dass ihr Arzt Menschenleben auf dem Gewissen hat. Drei «Fälle», die exemplarisch zeigen, wie Ärzte durch Verschweigen, Verdrängen, Tricks, die Unterstützung der Gesellschaft und eine geschickte Standespolitik wieder Karriere machen konnten

(Infos aus: <http://www.20min.ch/week/tv/story/28960874#wichtig>)

Nun sicherlich könnte man nun den Einwand bringen, dass wir diese Zeit doch längst überwunden haben. Nein, haben wir nicht. Denn diese Juristen und Ärzte zum Beispiel hatten teilweise über viele Jahre und Jahrzehnte die Möglichkeit, die menschenverachtende und menschenvernichtende Ideologie in Schulungen, an Mitarbeiter, an Studenten weiter zu geben. Sie konnten in aller Ruhe den „Samen des Bösen“ weiter in die Köpfe der jungen Menschen pflanzen und teilweise sogar noch selbst erleben, wie er aufging.

„Mehr Demokratie wagen“, „Zwei Staaten, zwei Nationen (Honecker 1972)“, „Freiheit statt Sozialismus“, „Friede den Hütten, Kampf den Palästen“, „Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht“, „Angst essen Seele auf“, „Stoppt Strauß“, „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.“, „Bums mal wieder!“ Die 70er Jahre, ein Jahrzehnt der pubertären Republik. Man merkte so richtig, wie eine Nation durch ihre Jugend lernte, was Widerstand wirklich bedeutet. Den „Mächtigen“ zeigen, dass man nicht mit

allem einverstanden ist, was getan wird. Aber auch ein Jahrzehnt mit bittersten Erinnerungen. Deutschland machte Bekanntschaft mit dem Terrorismus. In dieser Zeit geschahen viele Dinge so kurz aufeinander, dass man eigentlich nicht mehr erkennen konnte, was gut, was böse ist. Von der „neuen Ostpolitik“ über die Olympiade in München, Franz Beckenbauer, die RAF, den Linksterrorismus bis hin zur „Auschwitzlüge“, der „Gefahr von Rechts“ und den „Müslis“ waren alle Schattierungen gesellschaftlichen „Expressionismus“ vorhanden. Von politischer Seite wurden, meiner Meinung nach, spätestens hier entscheidend die Weichen in den Neoliberalismus gestellt. Es ist die Zeit der Koalitionen zwischen SPD und FDP, als auch CDU und FDP. Nun, warum sollten Liberale nicht auch Neoliberale werden?

Spätestens in den 70ern erwachte wieder diese Ideologie in den Köpfen. Junge Menschen sahen sich als „Jünger einer verjüngten Ideologie“, die Neonazis. Ich möchte den Artikel jetzt nicht zu weit ausdehnen, obwohl diese Thematik es ganz bestimmt zulässt. Das vernichtende Gedankengut der Nazis hat unser Land nie wirklich verlassen. Es hat die Menschheit immer wieder begleitet und feiert heute noch Blütezeiten in den verschiedensten Nationen. Deswegen, so denke ich, darf die grundsätzliche Frage gestellt werden; haben die Verantwortlichen jener Zeit nach 45 (Alliierte, neue Regierung unter Adenauer) je wirklich gewollt, dass Deutschland frei wird von dieser Brut? Kehre ich nun in die heutige Zeit zurück, so finde ich unter den „Enkeln Adenauers“, wie sich die Politiker der CDU doch gerne bezeichnen wieder jene, die auch schon von 10, 20 und 50 Jahren der Überzeugung fröhnten, dass „unter Hitler wohl doch nicht alles so schlecht war“. Würde sonst ein Bundeswirtschaftsminister je die Forderung nach Zwangsarbeit aufstellen, wie es Herr Glos tut? Aber nicht allein die CDU fällt in die Endzeit der Weimarer Republik zurück, nein bereits vorher taten es ja auch schon Müntefering und Clement. Und Clement verteidigt noch

heute seine „parasitären“ Äußerungen. In den meisten Fällen zählen sich Geldadel, Wirtschafts- und Politprominenz zu den Menschen „1. Klasse“ und ihre Gedanken machen sich die eigen, die im Moment noch keinerlei Probleme sozialer Art haben. Doch ihre Macht, ihren Reichtum haben sie vom Volk, den einfachen Menschen unten. Die, die mittlerweile in Deutschland unter Angst um ihren Arbeitsplatz für Spottlöhne arbeiten, denen durch den menschenverachtenden Umgang mit Sozialleistungsempfängern suggeriert werden soll „gebt Euch ja mit dem zufrieden, was wir Euch zugestehen, ansonsten schaut Euch an, wie es Euch dann ergeht“. Ob es damit gelingt, ein ganzes Volk zu unterjochen?

Menschenrechte in Deutschland? Waren sie jemals ein Thema? Für die Bevölkerung stets, sie wollten immer eine Hinkehr zu einer menschlicheren, gerechteren Welt. Die Politik nahm diese Wünsche wohl nie auf.

Bitte geben Sie Informationen weiter!

Der Kampf gegen die soziale Kälte und die ständig weitergehende Entrechtung Betroffener ist nur möglich, wenn jeder über seine Rechte informiert ist. Nur wer informiert ist kann Gegenwehr leisten.

Wir alle haben es in der Hand die Lage zu ändern.

Notruftelefonnummer bei Zwangsumzügen

Bundesweit:
0228/2495594
(Erwerbslosen Forum Deutschland)

Für Berlin:
0800/2727278
(kostenlos innerhalb des Festnetzes Berlin)

Erste freie Direkt-Wahlen zur Bundeskanzlerin in Deutschland

London / Ludwigshafen. (red). 22. Mai 2008. Seit Donnerstag ist in Deutschland die erste freie direkte Wahl zur Bundeskanzlerin oder des Bundeskanzlers in Deutschland möglich. Natürlich nicht im realen Leben, doch immerhin als virtuelle Umfrage im Internet.

„Ähnlich wie im realen Leben sind die „Wahlen“ im Internet frei und geheim. Eine Registrierung, die Angabe von Namen, Alter, Beruf und sonstige Angaben ist ausdrücklich nicht erforderlich. Eine Registrierung von Benutzer-Daten oder IP-Adressen findet nicht statt. Uns interessiert nur, in welche Richtung der Trend gehen könnte. Als Redaktion versuchen wir nur herauszufinden, wünschen sich die Menschen eine christlich-demokratische Bundeskanzlerin oder einen sozialdemokratischen Bundeskanzler.“, erklärte der Herausgeber von British Newsflash Magazine est. 1986, der Journalist Andreas Klamm, einige Hintergründe zur Umfrage, bei der frei und geheim gewählt und gestimmt werden kann.

Zeitgleich finden neben der Umfrage „Direkt-Wahl zur Bundeskanzlerin oder Bundeskanzler“ nach dem gleichen Prinzip sechs weitere Umfragen statt.
<http://www.britishnewsflash.blogspot.com/>

Obdachlosigkeit in Deutschland

von Hans-Jürgen Graf

Ich möchte heute ein Thema ansprechen das, so jedenfalls mein Eindruck, in vielen Foren und anderen Internetseiten, nur sehr stiefmütterlich behandelt wird. Obdachlosigkeit. Es ist kein angenehmes Thema, jedoch begegnen uns bei jedem Weg durch die Stadt die Menschen, die kein Obdach mehr haben. Ich frage mich jedesmal, wer von ihnen hat sein Obdach verloren weil er keine Leistungen mehr durch die Arge erhält? Aber eigentlich sollte dies nicht unbedingt die Ausgangsfrage sein. Eigentlich sollten wir uns dann immer die Frage stellen: Warum hat dieser Mensch seine Wohnung, sein Zuhause verloren? Denn schon allein die Frage nach denen, die letztlich durch die Hartz IV Institutionen obdachlos wurden erscheint mir immer öfter als eine Diskriminierung gegenüber denen, die aus anderen Gründen kein Obdach mehr haben.

Bei meinen Recherchen bin ich auf eine sehr interessante Website gestoßen, die einer erstellt hat und pflegt, der selbst noch auf der „Wanderschaft“ ist. So bezeichnen sich oftmals die Obdachlosen selbst untereinander, als „Wanderer“. Zu finden ist sie unter www.kurpfaelzer-wandersmann.de. Dort gibt Helmut Brox diese Seite als Obdachlosenzeitung heraus und stellt dort für andere Betroffene oder diejenigen, denen solches bevorsteht, Informationen bereit. Im Impressum seiner Seite beschreibt er sein Projekt folgendermaßen:

Das Internetportal: www.kurpfaelzer-wandersmann.de ist eine Selbsthilfefaktion für Personen ohne festen Wohnsitz in Deutschland. Die einzelnen Seiten sind ausnahmslos von mir verwaltet und gewartet. Die Homepage kostet mich monatlich 10 Euro zuzüglich Überweisungsgebühren. Wohnungsloser bittet um eine milde Gabe! Falls Ihnen meine Internetseite gefällt

und Sie eventuell 10 Euro übrig hätten? Bitte ich Sie von Herzen, auf das Guthabenkonto einen Betrag Ihrer Wahl zu überweisen. Vielen herzlichen Dank! Ich selbst bin obdachlos und zur Zeit ohne Erreichbarkeitsadresse. Mein tägliches Überleben finanziere ich als Tagelöhner oder Betteln. Tages- und Wochenendsätze sind für Durchreisende ohne festen Wohnsitz seit Hartz IV Einführung nicht mehr überall erhältlich. Ich wäre Ihnen für Ihre „vom Herzen kommende“ kleine finanzielle Hilfe sehr dankbar. Der Sinn dieser Internetseite? Personen ohne festen Wohnsitz ermutigen stationäre Einrichtungen anzulaufen, um sich helfen zu lassen. Eine Parkbank ist kein Zuhause! Trotzdem leben in Deutschland eine Million Menschen ohne festen Wohnsitz. Ohne Wohnung! Ohne soziale Bindungen! Ohne Krankenversicherung und ohne Arbeit! Eine Million obdachlose und nichtsesshafte Mitmenschen in Deutschland. Ich weiss, von was ich rede, denn ich lebe mitten unter ihnen!

Auf der Internetseite findet sich auch die Bankverbindung, über die man den Herausgeber bei der Erhaltung dieser Seite unterstützen kann. Er nimmt auf seiner Homepage auch Stellung zu Fragen, die ihm dort gestellt wurden. Diese Fragen erscheinen als die Fragen, die wir uns wohl immer dann stellen, wenn wir einem obdachlosen Menschen begegnen:

Fragen zum Thema Obdachlosigkeit haben mich erreicht. Ich entschloss ich mich die Fragen zu sammeln und sie Ihnen hier zu beantworten.

Frage: Obdachlose sind Alkoholiker?

Antwort: Nein, es gibt viele Obdachlose die bewusst Alkohol meiden oder trocken sind. Alkoholismus ist ein ernsthaftes Problem der Gesellschaft im

Ganzen und zeigt sich bei Obdachlosen nur deshalb so deutlich, weil Obdachlose kein Zuhause haben, wo sie versteckt trinken können.

Frage: Obdachlose sind Drogenabhängig?

Antwort: Nein, es gibt unter den Obdachlosen leider mehr Alkoholiker. Trotzdem ist Drogenabhängigkeit gerade bei jüngeren Obdachlosen unter 30 Jahren vermehrt feststellbar. Für viele Junkies sind Drogen auch Mittel zum schleichenden Suizid. Eine Überdosis Heroin oder Komasaufen ist nichts anderes als der letzte Versuch nach Hilfe zu rufen.

Frage: Obdachlose sind alle Arbeitsfaul?

Antwort: Nein, viele Obdachlose arbeiten für 1 Euro als Erntehelfer oder gehen anderen Gelegenheits- und Saisonarbeiten nach. Es gibt Obdachlose die keine Leistungen beziehen und auf diese Arbeiten sogar angewiesen sind. Leider gibt es aber auch die Gegenstücke! Trotzdem ist die Zahl der arbeitswilligen Obdachlosen höher, als die arbeitsunwilligen. Kein Obdachloser verdient seine Brötchen mit Schwarzarbeit oder sonstigen Steuerhinterziehungen.

Frage: Obdachlose sind Verwahrlost?

Antwort: Nein, auch unter den Obdachlosen gibt es wie in allen Kreisen solche und solche. Nur haben Obdachlose nicht in jeder Stadt die Gelegenheit sich Duschen oder ihre Wäsche reinigen zu können, denn nicht überall ist für Obdachlose diesbezüglich gesorgt.

Frage: Obdachlos ist Eigenschuldet?

Antwort: Nein, denn Obdachlosigkeit kann heute jeden treffen. Es gibt Obdachlose die durch Insolvenzen Haus und Hof verloren, andere durch Scheidungen ihren Besitz abgeben mussten, andere durch Bankverbindlichkeiten in den Ruin getrieben wurden, andere durch übergeordneten Lebensprüfungen aus der Bahn liefen. In meinem Fall war es Ramstein 1988 das mein Leben veränderte. Andere wuchsen in Hei-

men auf, kennen kein intaktes Familienleben, andere hingegen wuchsen in dissozialen Verhältnissen auf.

Kein Obdachloser trägt am Schicksal die alleinige Verantwortung. Für viele Obdachlose ist das Leben auf der Strasse die Loslösung von Problemen. Oft auch der letzte Ausweg! Viele Obdachlose leiden an Krankheiten die eine Reintegration in das bürgerliches Leben erschweren. Die häufigsten Erkrankungen sind psychischer Art wie Depressionen oder im Suchtbereich Alkoholismus, Drogenkonsum und Spielsucht. Viele haben Schulden in mehrstelliger Höhe. Scheidungen oder tragische Verkettungen sind nicht selten. Mit der Obdachlosigkeit verlieren viele Betroffene nicht nur den Halt, sondern auch

noch jede Form von sozialen Bindungen. Einhergehend ist Obdachlosigkeit für viele Betroffene das langsame Abdriften in die Vereinsamung und Verwahrlosung bis hin zum Suizid. Es gibt auf der Strasse ein Sprichwort, was für viele der Betroffenen zutrifft: „Wer einmal länger auf der Strasse lebt, bleibt meist immer dort!“ Es gibt zwei Gruppen von Obdachlosen. Die Sichtbaren und die Unsichtbaren! Was meine ich? Die Sichtbaren sehen Sie. Es sind Menschen die sich aufgegeben haben und ihr Leid offensichtlich ist. Menschen die Hoffnung und Zuversicht verloren haben, deren äusseres Erscheinungsbild unwichtig geworden ist! Die Unsichtbaren sind die Obdachlosen die es äusserlich vermeiden, als Obdachlose erkannt zu werden. Hauptgrund ist

unter anderem Angst gedemütigt zu werden! Aber auch das letztes Hab und Gut ihre Würde, nicht auch noch zu verlieren.

In der Folge bringt er einen sehr interessanten Aufruf zur Mitarbeit: Aufruf zur Gründung einer Selbsthilfe-Initiative für unmittelbar Betroffene von Hartz IV.

Ich suche Personen aus dem deutschsprachigen Obdachlosenmilieu und Betroffene von Hartz IV. Mitmenschen in sozial schwierigen Lebenslagen - sozial schwachen - Personen ohne festen Wohnsitz und Menschen in Existenznotlagen zur Gründung einer Bundesweit organisierten Selbsthilfegruppe für Betroffene von Armut in Deutschland. Mein Ziel ist: sozial schwachen Mitmenschen unserer Gesellschaft ein Selbsthilfeforum für aktive Öffentlichkeitsarbeit zu bieten. Mein Motto: Hilf Dir Selbst und Dir wird geholfen! Ergo: Mitmenschen am Rande unserer Gesellschaft finden den Weg zurück in die Gesellschaft nur mit Pauken und Trompeten. Daher mein Versuch die Minderheit der sozial Benachteiligten zu bündeln und mit gemeinsamen Kräften die neoliberale Politik der sozialen Ungerechtigkeit mit Öffentlichkeitsarbeit positiv zu verändern. Ihr kennt bestimmt den neoliberalen Wahlspruch: Sozial ist, was Arbeit schafft? Dieser Spruch ist die moderne Ableitung von Arbeit macht frei! Zeigen wir den neoliberalen Rechtspopulisten die rote Karte und kämpfen wir friedlich und basisdemokratisch Seit an Seit. Gemeinsam aktiv in einer Gruppe von Gleichgesinnten und Betroffenen mitwirken. Zeigen Sie Flagge in einer Interessenvertretung für Frieden - Freiheit - Soziale Gleichberechtigung und Zivilcourage! Nur in der Gruppe ist der Einzelne stark und wird gehört. Nur gemeinsam haben wir die notwendige Kraft unsere Interessen glaubhaft durchzusetzen. Wenn Sie Mut an einer aktiven Mitarbeit haben? Wenn Sie Interesse an einer passiven Unterstützung haben? Dann schreiben Sie mir bitte und teilen mir Ihr Anliegen mit. Ich werde mich baldmöglichst bei Ihnen schriftlich melden.



Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohnungslosenhilfe e. V., führt seit geraumer Zeit eine Schätzungsstatistik der Zahl der wohnungslosen Menschen in Deutschland. Da in der „sozialen“ B.R.D. bisher keinerlei Wohnungsnotfallstatistik geführt wurde, können diese Zahlen leider nur geschätzt werden. Die Arbeitsgemeinschaft definiert auf ihrer Homepage www.bag-wohnungslosenhilfe.de, Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit folgendermaßen:

Wohnungslos ist, wer nicht über einen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügt. Aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen sind danach Personen,

im ordnungsrechtlichen Sektor

die aufgrund ordnungsrechtlicher Maßnahmen ohne Mietvertrag, d.h. lediglich mit Nutzungsverträgen in Wohnraum eingewiesen oder in Notunterkünften untergebracht werden;

im sozialhilferechtlichen Sektor

die ohne Mietvertrag untergebracht sind, wobei die Kosten nach Sozialgesetzbuch XII und/oder II übernommen werden; die sich in Heimen, Anstalten, Notübernachtungen, Asylern, Frauenhäusern aufhalten, weil keine Wohnung zur Verfügung steht; die als Selbstzahler in Billigpensionen leben, die bei Verwandten, Freunden und Bekannten vorübergehend unterkommen; die ohne jegliche Unterkunft sind, „Platte machen“;

im Zuwanderersektor

Aussiedler, die noch keinen Mietwohnraum finden können und in Aussiedlerunterkünften untergebracht sind.

Anerkannte Asylbewerber in Notunterkünften zählen im Sinne der Definition zwar zu den Wohnungslosen, können aber bei den Wohnungslosenzahlen aufgrund fehlender Daten nicht berücksichtigt werden.

Als wichtigsten Grund von Wohnungs-

losigkeit beschreibt die BAG in ihrem aktuellen Bericht, die Mietschulden. Mietschulden wichtigster Grund für den Wohnungsverlust

Mietschulden sind der dominierende Grund für den Wohnungsverlust. Wird dieser formalrechtliche Grund des letzten Wohnungsverlustes zwischen 1998 und 2003 und nach Geschlecht verglichen, dann ist die überproportionale Steigerung dieses Kündigungsgrundes bei den wohnungslosen Frauen auf einen gegenwärtigen Anteil von 37 % erkennbar.

Aktuelle Auslöser des Wohnungsverlustes sind vor allem Ortswechsel, Trennung oder Scheidung, der Auszug aus der elterlichen Wohnung, die Miethöhe und bei den Frauen Gewalt durch Partner oder Dritte.

Wobei hier zwischen Grund und Auslöser zu unterscheiden ist. Ein Auslöser kann eben zu dem eigentlichen Grund der Wohnungslosigkeit führen. Scheidung z. B. zu den besagten Mietschulden und diese dann zur Wohnungslosigkeit.

Konsequenzen und Forderungen

Die steigende Zahl junger wohnungsloser Männer und Frauen, die direkt aus der Herkunftsfamilie in die Wohnungslosigkeit rutschen sowie die zuge-spitzte Mietschuldenproblematik sind Ausdruck einer zunehmenden Verelendungsgefahr.

Die Wohnungslosigkeit junger Männer und Frauen ist eine der wichtigsten Herausforderungen für die Wohnungslosen- und Jugendhilfe einerseits. Andererseits besteht die Notwendigkeit, die HARTZ-Gesetzgebung daraufhin zu überprüfen, ob und wie die dort möglichen Sanktionsmaßnahmen gegen junge Leute unter 25 Jahren nicht zu einer weiteren Verschärfung dieses Trends der Verelendung und sozialen Ausgrenzung junger Erwachsener beitragen.

Da die Ergebnisse dieses Statistikberichtes sowie auch anderer Forschungsergebnisse zeigen, dass die Betroffenen

sehr gut vorbeugend erreicht werden können, müssen gerade im Bereich der Prävention die Hilfen weiter ausgebaut und Mietschuldenübernahmen nicht erschwert werden – wie durch die Einführung der HARTZ-Gesetzgebung geschehen. Besonders ältere Männer sind in der Gefahr, der sozialen Ausgrenzung für den Rest ihres Lebens zu erliegen. Hier ist das Hilfesystem gefordert, neue Strategien zur Durchbrechung der Ausgrenzungsmechanismen zu entwickeln. Dies betrifft auch die niedrigschwelligen „Notdienste“, wie bspw. medizinische Angebote, auf die langjährig Wohnungslose, die häufig ganz ohne Unterkunft auf der Straße leben, in besonderem Maße angewiesen sind.

Zu der Problematik bei Wohnungslosigkeit durch Hartz IV hat die BAG am 17.02.2006 eine Pressemeldung herausgegeben:

SGB II Reform der Mietschuldenübernahme führt zu Anstieg der Wohnungslosigkeit

(Bielefeld) Die heute im Bundestag verabschiedete Neuregelung zur Mietschuldenübernahme im Rahmen des Sozialgesetzbuch II wird zu einem Anstieg der Zahl der Wohnungsverluste führen. Darauf machte die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W), die Dachorganisation der Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, aufmerksam.

Die erst 1996 in das Bundessozialhilfegesetz eingeführte umfassende Regelung zur Mietschuldenübernahme wird – gegen ausdrücklichen Rat der Fach- und Spitzenverbände wesentlich begrenzt. So wird beispielsweise Erwerbstätigen, die nicht im Leistungsbezug des SGB II stehen, die Möglichkeit verwehrt, Mietschuldenübernahme zu beantragen. Dieser Personenkreis macht nach Schätzungen der Forschung ca. 40 % der von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen aus.

Darüber hinaus ist eine Mietschuldenübernahme nicht mehr als Beihilfe,

sondern nur noch als Darlehen möglich. Der Geschäftsführer der BAG W, Dr. Thomas Specht-Kittler: „Dies wird zu einer weiteren Anstieg der Zahl der überschuldeten Haushalte beitragen. Der Zweck der Mietschuldenübernahme, die Verhinderung von Wohnungslosigkeit, wird damit verfehlt.“

Die BAG W hält das Verfahren, die bislang bewährte Regelung innerhalb von 2 Wochen ohne ausreichende Beteiligung der Fachleute und Betroffenen abzuschaffen, nicht für angemessen. Es wird, wie die schon unter Hochdruck beschlossene Einführung der Hartz-IV-Gesetzgebung, zu erheblichen Verwerfungen für Verwaltung und Sozialarbeit führen, die eine effektive präventive deutlich Arbeit behindern. Die BAG Wohnungslosenhilfe fordert den Gesetzgeber dringend auf, im Rahmen des Nachfolgesetzes zur Änderung des SGB II, die Mietschuldenübernahme neu zu fassen.

Sie fordert:

Wahlweise Gewährung der Mietschuldenübernahme als Beihilfe oder Darlehen

Einbezug des Personenkreises der Niedrigeinkommensbezieher in die Regelung der Mietschuldenübernahme

Bielefeld, den 17.02.2006

Nun, was wurde davon in dem genannten Nachfolgesetz umgesetzt?

Auf der Homepage der Bundesarbeitsgemeinschaft findet sich eine aktuelle Meldung mit dem Titel:

Europäisches Parlament fordert die Beseitigung der Wohnungslosigkeit bis 2015

Danach hat, im April 2008, das europäische Parlament mit den Stimmen von 438 Abgeordneten die EU-Kommission aufgefordert eine in ganz Europa anerkannte Definition von Wohnungslosigkeit zu entwickeln, um darauf basierend vergleichbare und verlässliche

Daten zum Ausmaß der Wohnungslosigkeit in Europa zu sammeln. Die EU-Mitgliedsstaaten werden nachdrücklich aufgefordert, sog. Winternotpläne als Teil ihrer nationalen Strategien zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit aufzustellen. Bis 2015 soll es in Europa keine Menschen mehr, ohne Wohnung, geben. Nun, angesichts einer menschenverachtenden und ausgrenzenden Sozialpolitik in Deutschland, die durch den EU-Reformvertrag aller Wahrscheinlichkeit nach nicht besser werden wird, sondern eher noch viel schlechter, erscheint einem diese Erklärung mittlerweile doch schon als blanker Hohn vor den Augen des Bürgers. Auch angesichts einer ökonomisch bestimmten, ethisch äußerst fragwürdigen politischen Taktik in Deutschland und einer steigenden Tendenz in anderen europäischen Staaten, es Deutschland gleich zu machen. Nun, aber wie heißt es so schön im Volksmund? „die Hoffnung stirbt zuletzt“! Steht uns das Begräbnis der Hoffnung bald bevor?

Haben Sie selbst entsprechende Erfahrungen gemacht? Wir haben ein offenes Ohr für Sie! Berichten Sie uns, damit wir üble Vorkommnisse bekannt machen können.

Gemeinsam gegen Hilflosigkeit!

Leider gingen zu unserem Rätselkrimi aus der letzten Ausgabe keine Antworten bei uns ein. Daher können wir die vorgesehenen Preise nicht vergeben.

War die Aufgabe zu schwer? Waren die Preise nicht interessant genug?

Wir stehen nun vor einem nicht minder großen Rätsel.

Die Lösung des Krimis finden Sie in der nächsten Ausgabe von Horch amol. Und die Antwort auf das Rätsel, daß uns die Leser stellten, finden wir hoffentlich in Ihren Briefen an uns.

Wir freuen uns darauf!



Arbeit macht frei – zumindest von Schwarzarbeit?

von Hans-Jürgen Graf

Michael Glos, der Bundeswirtschaftsminister, scheint sich mit dieser altergebrachten und mit äußerst negativer Aussage behafteten Theorie angefreundet zu haben. Arbeit macht frei hieß es vor 60, fast schon 70 Jahren. Heute hat man sich der neudeutschen Fassung dieses Spruch bedient, wobei jedoch die Kernaussage gleich bleibt „sozial ist, was Arbeit schafft“! Hier werden eigenständige Begriffe mit Adjektiven oder Adverbien verknüpft um eine menschenverachtende Sichtweise sozialer Notstände zu kaschieren. Was einen aber am meisten bestürzt an dieser ganzen Geschichte ist die Tatsache, dass solche Verbalinjurien deutscher Politiker in diesem Land noch auf reichlich fruchtbaren Boden fallen.

Michael Glos möchte arbeitsfähige Bezieher von ALG II zu einer unentgeltlichen Arbeitsleistung von mindestens 39 Wochenstunden verpflichten. So besagt es ein Gutachten des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA). In einem Bericht von Rainer Balcerowiak dazu, heißt es: „

Der Autor Hilmar Schneider sieht die »Motivierung« der Erwerbslosen als wichtigsten Hebel für die künftige Arbeitsmarktpolitik. Wer wisse, daß er seine Grundsicherung ohne Gegenleistung nicht mehr erhalten werde, wäre auch bereit, für einen Bruttolohn zu arbeiten, der auch bei Vollzeitfähigkeit netto nicht über den Hartz-IV-Regelsätzen liegt. Wichtig sei dabei, alle Möglichkeiten, zusätzlich zum Regelsatz noch anrechnungsfreie Einkünfte zu erzielen, ersatzlos zu streichen, so Schneider. Es sei »ungerecht«, wenn man Erwerbslosen, deren »Marktpotential« bestenfalls bei Stundenlöhnen von vier bis fünf Euro liege, ermögliche, mit ALG II plus ein

paar Stunden Zuverdienst ein Einkommen zu erzielen, für das regulär Beschäftigte mindestens sechs bis sieben Euro verdienen müßten.“

Liest man weiter in diesem Bericht, so trifft dort eine unbewiesene Pauschalunterstellung gegenüber erwerbslosen Menschen, auf die andere. So heißt es z. B:

Wer damit rechnen müsse, für seine Grundsicherung Vollzeit arbeiten zu müssen, sei »motivierter«, sich selbst einen Arbeitsplatz zu suchen, auch wenn dessen Entlohnung »unter den eigenen Wunschvorstellungen liegt«

Wer kennt schon alle lohnbezogenen „Wunschvorstellungen“ der nicht erwerbstätigen Menschen in diesem Lande? IZA scheint sie alle zu kennen? Geradezu lächerlich erscheint die Formulierung „sich selbst einen Arbeitsplatz zu suchen“ und sie ist eine offene Unterstellung. Alle nicht erwerbstätigen, aber arbeitsfähigen Menschen in diesem Lande, suchen sich also selbst keinen Arbeitsplatz, sie alle sind „nicht motiviert“. Wer sucht denn bisher mögliche Arbeitsplätze für die Betroffenen? Die Argen? Viele aus den Reihen der Bezieher von ALG II – Leistungen würden, wenn sie sich auf die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsagentur und der Arge verlassen, nach Jahren noch ohne ein einziges Vorstellungsgespräch dastehen. Weiter wird behauptet:

Auch werde die Arbeitsverpflichtung dazu führen, daß Erwerbslose »schlicht keine Zeit mehr hätten«, ihr Budget durch regelmäßige Schwarzarbeit aufzubessern.

Eine der dreistesten und infamsten Unterstellungen gegenüber erwerbslosen Menschen in diesem Lande. Nur noch übertroffen von F. Müntefering

mit seinem Motto „wer nicht arbeitet, braucht auch nichts essen“. Über einen Kamm werden alle Betroffenen geschert und auf einen Haufen geworfen. Der Haufen heißt „Schwarzarbeiter“. Bei näherem Hinsehen jedoch wieder ein gut gesetztes Windei, das dem nicht erfahrenen Leser von politischen und ökonomischen Texten, durchaus plausibel und einleuchtend klingen mag. Dazu möchte ich einige Stellen aus einem Artikel der TAZ zitieren, die meiner Ansicht nach sehr schnell mit dem Vorurteil der „einträglichen“ Schwarzarbeit und dem Umgang der betreffenden Zahlen durch die verantwortlichen, politischen Stellen, aufräumt. Aus dem Artikel „Die gefühlte Dunkelziffer“ vom 31.03.2005:

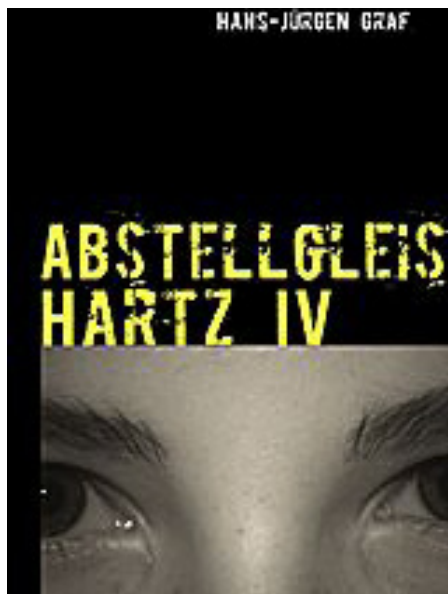
Schwarzarbeit ist ein Skandalthema in Deutschland, das sich stets größter Aufmerksamkeit gewiss sein kann. Denn die politischen Schlüsse, die daraus gezogen werden können, sind für viele Interessengruppen attraktiv: Die umfangreiche Schwarzarbeit scheint zu beweisen, dass die Steuern und Sozialabgaben zu hoch sind. Würde man sie senken, so die Prognose etwa der Arbeitgeber, dann würde dies auch die Schwarzarbeit reduzieren. Es gäbe mehr reguläre Beschäftigung und damit mehr Einnahmen beim Fiskus und den Sozialkassen. Welch verführerischer Traum: Die Senkung der Sozialbeiträge würde sich wie von selbst finanzieren. Auch die Arbeitslosigkeit wäre in Deutschland gar nicht so schlimm, wie es scheint. Denn in Wahrheit, so die beliebte Vermutung, dürften viele Erwerbslose schwarz arbeiten. Da kann man ihnen auch ruhig das niedrige Arbeitslosengeld II zumuten, denn durch die illegalen Einkünfte wäre ihre soziale Lage tatsächlich weit besser.

Doch diese Einschätzungen sind unrealistisch, wie einige einfache Überlegungen am Beispiel der Bauwirtschaft zeigen. Das Bundesfinanzministerium geht davon aus, dass die Schwarzarbeit dort etwa einen Umfang von

Publikationen aus Nürnberg

Abstellgleis Hartz IV

von Hans-Jürgen Graf



Abstellgleis Hartz IV - Die „Unberührbaren“ der Nation ist eine Zusammenfassung mehrerer Texte zu diesem Thema und seine Begleitthemen, wie Armut, Benachteiligung, Ausgrenzung und mehr. In meinem Buch soll die Situation Betroffener deutlich werden, wie sie immer wieder um ihre Existenz kämpfen müssen und manchmal auch verlieren, wenn sie einer Sozialpolitik ausgesetzt sind, die ihnen scheinbar die Chance des Überlebens nicht lassen will.

Paperback, 112 Seiten
Preis 13,00 Euro
ISBN: 978-3-8334-9136-8

Leben um zu Glauben - Glauben um zu Leben

von Hans-Jürgen Graf



Anhand eines Gebetes, das dem hl. Franz v. Assisi zugeschrieben wird, gibt der Autor seine Glaubenserfahrungen an den Leser weiter. Er nimmt auch speziellen Bezug zu seinem ersten Beruf, der Krankenpflege und zu bestimmten Glaubensthemen.

Paperback, 104 Seiten,
Preis 10,00 Euro
ISBN 978-3-8370-1077-0

Kurzgeschichten für jede Jahreszeit

von Hans-Jürgen Graf
und Thomas, Michael Müller



Verschiedene Kurzgeschichten für Teens, Twens und Oldies. Etwas für die Winterzeit, etwas für die warme Jahreszeit. Nicht nur zur Unterhaltung, nein auch zum Nachdenken gedacht.

Paperback, 52 Seiten
Preis 5,99 Euro
ISBN 978-3-8370-2973-4

Erhältlich in Onlinebuchhandlungen und über die
ISBN-Nummer auch im örtlichen Buchhandel beziehbar

140 Milliarden Euro erreicht. Doch die Bruttowertschöpfung in der Bauwirtschaft lag laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2004 überhaupt nur bei 82 Milliarden Euro. Das heißt: Schwarzarbeit in Höhe von 140 Milliarden Euro würde in der Bauwirtschaft bedeuten, dass etwa 2 von 3 neu gebauten Wohnhäusern, Büro- und Fabrikgebäuden, Straßenkilometern nicht in der amtlichen Statistik auftauchen.

Unterstellt man einen Schwarzarbeiterstundenlohn von großzügigen 15 Euro und 1.800 Arbeitsstunden pro Jahr, würde dies über fünf Millionen Vollzeit-Schwarzarbeiter auf deutschen Baustellen bedeuten. Nach der amtlichen Statistik gibt es im Baugewerbe aber nur 2,3 Millionen Beschäftigte. Da müssten die amtlichen Fahnder doch mehr Schwarzarbeiter finden - schließlich wären zwei von drei Beschäftigten nach dieser Rechnung illegal unterwegs.

Merkwürdig an den deutschen Schwarzarbeitsberechnungen ist zudem, dass sie alle aus einer einzigen Quelle stammen: von Friedrich Schneider an der österreichischen Universität Linz.

Schneider will also aus der Schätzung des in Deutschland zirkulierenden Schwarzgeldes den Umfang der Schattenwirtschaft und der Schwarzarbeit berechnen. Mit dieser Methode kann jedoch zwischen der eigentlichen Schwarzarbeit und rein kriminellen Aktivitäten nicht unterschieden werden. Es kommt zu einer grotesken Überzeichnung der Schwarzarbeit.... Das zeigt sich auch in empirischen Befragungen der Bevölkerung. So gaben im Jahr 2000 in Baden-Württemberg 16,3 Prozent der Interviewten an, dass sie selbst schon einmal schwarz gearbeitet hatten. Allerdings erzielten die meisten damit kein großes Einkommen. Knapp die Hälfte kam auf weniger als 50 Euro monatlich - nur 3,9 Prozent verdienten mehr als 500 Euro im Monat. Selbst wenn man statistische Ungenauigkeiten großzü-



gig berücksichtigt, ergibt sich: Die Schattenwirtschaft betrug in Wahrheit nur etwa 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Es ist zu begrüßen, dass der Staat verstärkt gegen die Hinterziehung von Steuern und Sozialabgaben vorgeht. Aber es ist vollkommen unrealistisch zu glauben, dass die Arbeitslosigkeit nur eine Art statistischer Irrtum ist und wie von selbst verschwinden würde, wenn man nur die Schwarzarbeit legalisieren könnte.

Eine weitere, unglaubliche Brüskierung der deutschen Richterschaft, meiner Meinung nach, stellt die Aussage des Verfassers des Berichts der IAZ, Hilmar Schneider, dar. Er sagt: Zur Zeit würden die Intentionen der Arbeitsmarktreformen von vielen Richtern in ihr Gegenteil verkehrt. Die gleichen Verantwortlichen, die diese unglaublich herabwürdigende „Reform“ des Arbeitsmarktes in die Welt riefen, brüskieren die deutschen Richter. Warum? Weil sie „Recht sprechen“ und nicht „konform“ der politischen Vorgabe? Eigentlich müsste es darauf eine würdige Reaktion der Richterschaft geben, doch das bleibt abzuwarten. Im Grund ist diese Aussage aber auch das insgeheime Eingeständnis eigenen Versagens. Warum müssen die Richter in so großer Zahl gegen die „Reform des Arbeitsmarktes“ urteilen? Vielleicht weil sie das

Ergebnis einer Expressgesetzgebung der besonders dilettantischen Art ist? Und weil in sie hineingepackt wurde, was eigentlich bei uns keineswegs geduldet werden kann, die Relativierung und Aufhebung von Rechten die durch das Grundgesetz geschützt sind.

Der Direktor des IZA behauptet: Auch werde durch eine Arbeitsverpflichtung eine »Hemmschwelle« errichtet, die viele Menschen, die nicht unbedingt darauf angewiesen seien, davon abhalten könnte, Anträge auf Grundsicherung zu stellen. Mittelfristig würde sich ein derartiges Programm zudem dämpfend auf das gesamte Lohnniveau auswirken..Da haben wir es ja wieder, die Dämpfung des Lohnniveaus. Natürlich sind die bisherigen Löhne, die in Dienstleistungsbranchen und Hilfsberufen des Handwerks schon fast überwiegend gezahlt werden, von 3 bis 7 Euro pro Stunde, immer noch zu hoch. Damit enttarnt sich der Direktor, und seinesgleichen, selbst. Eigentlich geht es doch schon lange nicht mehr um die Dämpfung von Löhnen. Es geht, wie uns die Aussagen von Herrn Glos beweisen, um die Schaffung und Rekrutierung von Sklavenarbeitern der Neuzeit. Menschen, die froh sein sollen, dass sie überhaupt was arbeiten dürfen. Menschen, die gemäßregelt werden müssen, weil sie nicht mehr arbeiten. Egal, ob genügend Arbeitsplät-

ze vorhanden sind oder nicht. Denn, so scheint Herr Glos und Gefolge zu denken, sie sind alle böse. Wahre Begeisterung löste die Studie bei einem Herrn Otremba aus, seines Zeichens Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. Er äußert sich: Zwar sei man sich in seinem Haus bewußt, daß jegliche Form von »Zwang zur Arbeit gesellschaftlich umstritten ist«, doch es handele sich um den besten Weg, die Langzeiterwerbslosigkeit nachhaltig abzubauen. Auch wolle man mit dem Workfare-Konzept ein Gegengewicht zu den Forderungen nach gesetzlichen Mindestlöhnen schaffen. Denn diese, so Otremba, seien für jene Erwerbslose, die man mit dem Programm erreichen wolle, »auf dem Markt gar nicht zu erzielen«.

Da irrt sich der Herr Staatssekretär, meines Erachtens, schon gewaltig. „Zwang zur Arbeit“ ist in unserer Gesellschaft nicht „umstritten“, nein, sie ist verboten. Durch die Konvention für Menschenrechte, die die B.R.D. in den 60ern ratifizierte, durch die Sozialcharta der EU, die von Deutschland ebenfalls unterschrieben und erst vor nicht allzu langer ratifiziert wurde. Nun, inhaltsloser kann sein Beitrag nicht sein. Jedoch in einer Sicht positiv. Die Regierung hat sich geoutet. Hier wird offen von „Zwangsarbeit“ gesprochen. Lieber Leser, was brauchst Du mehr um zu erkennen?

Hartz IV, Grundsicherung, Sozialhilfe?

Unter den folgenden Internetadressen finden Sie Mitbetroffene, können sich austauschen und von den Erfahrungen anderer lernen (Keine Rechtsberatung!)

www.erwerbslosenforum.de
(Großes Downloadarchiv mit Musterschreiben und -anträgen)
www.sozialbetrug.org

Vierfachem Familienvater droht die Abschiebung aus Deutschland!

von Hans-Jürgen Graf

Von seinen Geschwistern wird er liebevoll „Timi“ genannt. Alle, Mutter, Geschwister und deren Familien leben hier in Deutschland. Selbst hat er eine sechsköpfige Familie, die beiden Eltern und vier hübsche Töchter im Alter von 2 – 12 Jahren, davon zwei mit deutscher Staatsbürgerschaft. Bei seinem letzten Besuch in der Ausländerbehörde hier in Nürnberg eröffnete ihm die sonst immer zuständige Sachbearbeitung bei der er seine Aufenthaltsgenehmigung sonst immer verlängern ließ, dass sie nicht mehr für ihn zuständig sei. Er solle sich in den 1. Stock begeben und dort zu einem bestimmten Zimmer. An der Türe war zu lesen – Abschiebungen -. Im besagten Büroraum wurde ihm mitgeteilt, dass man plane ihn abzuschicken und er somit keine Aufenthaltsgenehmigung mehr bekommt sondern lediglich nur noch eine Fiktionsbescheinigung. Ihm war so, als zöge man ihm den Boden unter den Füßen weg. Für ihn heißt nun jeder Tag, ein Tag der Angst. Er weiß nicht, wie er ohne seine Kinder existieren soll. Seine Familie liebt er aus ganzem Herzen und jetzt soll er von ihnen weggerissen werden?

Geboren und aufgewachsen im heutigen Kosovo, lebt er schon seit fast 10 Jahren hier in Deutschland. In der Anfangszeit ernährte er seine Familie und sich durch alle möglichen Hilfsarbeitertätigkeiten, die er finden konnte. Doch seit gut 4 Jahren findet auch er keine Arbeit mehr. Die letzte Tätigkeit die er hatte

lief bereits unter dem Motto, das auch vor kurzem Bundeswirtschaftsminister Glos wieder ausgab: „sozial ist, was Arbeit schafft“. Auch wenn dann „Arbeit“ heißt, dass die Grenzen zur Ausbeutung nur noch kaum sichtbare Linien sind. Die Familie lebt von Arbeitslosengeld II und der Versuch des Aufbaus einer kleinen selbstständigen Tätigkeit wurde mit der Eröffnung der geplanten Abschiebung zunichte gemacht. Seine Kinder ahnen noch nichts von der ganzen Sache. Und wenn man die zweitjüngste Tochter sieht, die besonders an ihrem Papa hängt und ihn am liebsten keinen einzigen Schritt alleine machen lassen würde, mit ihrer kindlichen Lebensfreude, ihrem hübschen Lächeln und ihren Löckchen in den Haaren, dann tut es einem im Herzen weh an die Zeit zu denken, wenn es tatsächlich zur Abschiebung kommt.

Es ist erschreckend, wenn man weiß welche seelischen Schäden solche Zwangstrennungen bei Kindern hervorrufen können. Sie werden nicht verstehen, warum der Vater nicht mehr da ist. Eine lange Zeit des Fragens, Nicht-Verstehens und der Trauer wird an deren Seelen Schaden verursachen, der vielleicht nie mehr wirklich geheilt werden kann. So produziert eine Abschiebungsmaschinerie, traumatisierte kleine Menschen.

Wir werden weiter darüber berichten.
Namen sind der Redaktion bekannt und werden hier nicht veröffentlicht.



Frühere Ausgaben finden Sie in unserem Archiv unter:
horchamol.infopartner.net
Für Sehbehinderte und Blinde finden Sie dort auch mp3-Versionen zum Anhören.

Präsident der Bundesärztekammer als „Prediger“ des neoliberalen Lagers?

In Interviews mit der „Welt“ und anderen Presseorganen, hat sich der Präsident der Bundesärztekammer, Hoppe, zu den bisherigen und geplanten Maßnahmen im Gesundheitswesen geäußert. Anders als seine Vorgänger, die sich zumindest noch ein klein wenig als „Anwalt“ ihrer Patienten verstanden, schlägt sich der amtierende Präsident der höchsten Standesvertretung der Mediziner in Deutschland mit seinen Ausführungen auf die Seite derer, die eine Rationierung der medizinischen Leistungen verlangen und eine finanzielle Beteiligung der Patienten an ihren Kosten.

Nun, hat die Bundesärztekammer gemerkt, dass möglicherweise auch sie allein nicht in der Lage ist, am „neuen“ politischen Denken und Handeln etwas zu ändern? Ihre Reaktion, sie tritt nach unten. Fast schon unabwendbar drängt sich einem der Vergleich mit einem bekannten Spruch aus dem Volksmund auf „Nach oben kriechen, nach unten treten“! Nein, keineswegs wollen wir vergessen, dass tatsächlich vor allem neu niedergelassene Ärzte und einige etablierte Hausarztpraxen tatsächlich immer mehr in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Jedoch umso unglaublicher erscheint einem das Vorhaben ihrer Standesvertretung, dieses Dilemma verursacht durch politische Taktik, auf dem Rücken der Versicherten auszutragen. Nun, auch Hoppe bedient die allseits willfährigen Klischees unserer Gesellschaft. Mehr oder minder ist er dafür, dass nur noch bestimmte Leistungen bezahlt werden und die Versicherten für erheblich mehr Leistungen selbst zu bezahlen haben. Sein Vorschlag ist die Einsetzung eines Gesundheitsrates, der Empfehlungen für die Prioritäten bei der medizinischen Versorgung geben soll (so im Spiegel).

Er spricht sich für eine Kontrolle der medizinischen Versorgung aus, eben auch durch diesen Gesundheitsrat, in dem die Ärzte mitreden wollen.

Hoppe laut „Welt“: Wir wollen stattdessen ein Gremium, in dem Ärzte, die tatsächlich in der Krankenversorgung im Einsatz sind, mit Juristen, Ökonomen und Ethikern beraten. Dieser Rat soll der Politik Empfehlungen geben, welche Prioritäten es bei der medizinischen Versorgung geben soll.

In all diesen Thesen und Vorschlägen wird wieder einmal eines vergessen, was auch von unseren politisch Verantwortlichen gerne in der Gesetzgebung vergessen wird; die Tatsache, dass es nur bedingt möglich ist eine Pauschalisierung der gesundheitlichen Versorgung durchzuführen. Es gibt allein bei manchen Krankheiten so verschiedenartige Bilder beim einzelnen Patienten, eben dann auch mit verschiedenartig notwendiger Therapie, dass eine solche Vorgabe von Prioritäten unweigerlich wieder zu Ausgrenzungen und juristi-

schen Auseinandersetzungen führen wird. Ein gutes Beispiel sind die Erkrankungen des sog. rheumatischen Formenkreises. Bei einer Vielzahl von Patienten werden diese Krankheiten oft erst nach Jahren und einer Odyssee von Arzt zu Arzt diagnostiziert. Warum wohl? Weil sie eben oft nicht die typischen und in der einschlägigen Fachliteratur beschriebenen Symptomatiken zeigen, sondern lediglich einen Teil davon vermischt wiederum mit Symptomen anderer Störungen. Und die Blutparameter sind dabei nur ein winziger Teil des diagnostischen Gesamtbildes, die leider in vielen Fällen nicht einmal eine Reaktion zeigen. Die Rheumaliga z. B. schreibt: Zum rheumatischen Formenkreis gehören alle chronisch schmerzhaften und mit dauerhaften Bewegungseinschränkungen verbundenen Störungen des Stütz- und Bewegungsapparates. Das sind insgesamt mehr als 450 verschiedene Erkrankungen ganz unterschiedlicher Ursachen.

Die Hauptursache für die horrend hohen Kosten im Gesundheitswesen sieht Hoppe in einer unkontrollierten Verteilung von Leistungen an Menschen, bei denen eben nicht geprüft wird ob sie tatsächlich diese Leistungen benötigen. Was aber wiederum sehr verwundert ist, dass er mit keinem einzigen Satz Bezug nimmt auf die bisherigen Milli-



ardenüberschüsse in der Krankenversicherung.

Maus, Josef

Gesetzliche Krankenversicherung:
Krankenkassen mit fünf Milliarden
Überschuß

Dtsch Arztebl 1998; 95(11): A-583 /
B-475 / C-467

POLITIK: Aktuell

© PSYCHOTHERAPIE 03.03.2000

Krankenkassen mit Milliarden-Ueber-
schuss

„Kein Zeichen von Freude“ wegen „brutal-
er Budgetierung“

Nach einem erneut positiven Abschluss bei den gesetzlichen Krankenkassen im vergangenen Jahr koennen die Versicherten mit weiterhin stabilen Beitrags-
saetzen rechnen. Davon jedenfalls geht Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer (Gruene) aus, die am Freitag in Berlin fuer die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) einen Ueber-
schuss von rund einer Milliarde Mark bekannt gab.

Gesundheitspolitik

http://www.deutsche-handwerks-zeitung.de/news/news_640866.html

Gesetzliche Krankenversicherung ver-
bucht Milliardenueberschuss

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) hat 2006 einen Ueber-
schuss von 1,73 Milliarden Euro erzielt.

02.09.2005 12:08

<http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2005-09/artikel-5291118.asp>

Gesetzliche Krankenversicherung er-
zielt Milliardenueberschuss

BERLIN (Dow Jones)--Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) hat im ersten Halbjahr 2005 einen Ueber-
schuss von 1,033 Mrd EUR erzielt. Wie das Gesundheitsministerium am Frei-

tag mitteilte, betrug der Ueber-
schuss in den alten Bundeslaendern 491 Mio und in den neuen Laendern 542 Mio EUR.

Sozialkassen: Neun Milliarden Ueber-
schuss

<http://www.abendblatt.de/daten/2008/04/12/868436.html>
Wiesbaden -

Die gesetzliche Sozialversicherung hat im vergangenen Jahr einen Ueber-
schuss von neun Milliarden Euro erwirtschaftet. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, blieben die Gesamtausgaben der Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung sowie der Bundesagentur fuer Arbeit 2007 mit insgesamt 467,2 Milliarden Euro nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr. Zum Ueber-
schuss 2007 steuerte die Bundesagentur fuer Arbeit dank guter Konjunktur 6,6 Milliarden Euro bei. Die Rentenversicherer erzielten einen Ueber-
schuss von einer Milliarde Euro, die gesetzliche Krankenversicherung von 1,8 Milliarden Euro.

2007 schloß die gesetzliche Kranken-
versicherung zum vierten Mal in Folge mit einem positiven Ergebnis ab. Also auch 2006 (siehe oben), 2005 (siehe oben), 2004. Berichtet <http://www.beraturungszentrum.com/>

Von 1998 bis 2007 erwirtschafteten, allein laut diesen Berichten, die Krankenkassen also insgesamt knapp 10,3 Milliarden Euro Ueber-
schuss. Wo ist das Geld? Zum einen fließt es in pompöse Neu- oder Umbauten der Kassenverwaltungen. Hier in Nuernberg, als Beispiel, hat sich die AOK, als auch die Barmer riesige Komplexe gegoennt. Weitere Gelder werden fuer andere Vorhaben, in anderen Bundesministerien abgezweigt. Erinnern will ich daran, wie unsere Bundesfinanzminister, allen voran Herr Eichel, bis heute immer wieder wie die Geier auf die Milliardenueberschuesse aus den Sozialversicherungen herabstoßen und auf ihnen sitzen bleiben, als seien sie darauf festgemeißelt.

Es wird Zeit fuer die Wahrheit. Warum erhalten die Versicherten in Deutschland immer weniger Leistungen aus der Sozialversicherung, obwohl staendig von Milliardenueberschuessen die Rede ist? Warum wird nichts an die Versicherten zurueckgegeben? Und warum stimmt jetzt ploetzlich der oberste Standesvertreter der Aerzteschaft in diesen Reigen mit ein und will das „dumme Volk“ auf weitere Einschränkungen in der Krankenversicherung einstimmen? Warum? Anstatt dass sich die Aerzteschaft mit dem Volk zusammen schloesse und endlich eine klare Darlegung aller Zahlen und Fakten forderte. Nun, eine Vermutung erschleicht sich den Zugang zu meinen Ueberlegungen. Aerzte gehoeren auf vielen ihrer Berufsfelder trotz allem immer noch zu den hoch verdienenden Berufsgruppen, was niedergelassene Fachaerzte betrifft (z. B. Radiologie, teilweise Chirurgie). Und eine Verbindung mit dem großen Teil der verarmenden Gesellschaft scheint da wohl nicht moeglich zu sein?

Weitere Informationen, einen Blog, archivierte frühere Ausgaben und mehr von Horch amol, finden Sie unter:

horchamol.infopartner.net

Wenn Sie mit uns in Kontakt treten wollen:

horchamol@infopartner.net

Wir freuen uns auf Ihre Briefe, Anregungen, Kommentare, Hinweise und was auch immer Sie uns gerne zukommen lassen möchten.

Inhalt

Seite 2	Kommentar
Seite 3	Deutschland im Wandel der Zeiten
Seite 6	Obdachlosigkeit in Deutschland
Seite 10	Arbeit macht frei - zumindest von Schwarzarbeit?
Seite 13	Vierfachem Familienvater droht die Abschiebung aus Deutschland
Seite 14	Präsident der Ärztekammer als Prediger des neoliberalen Lagers?
Seite 16	Impressum

Impressum

Horch amol aus Franken - Die kostenlose Zeitung für Hartz IV – Empfänger, Sozialhilfebezieher und andere verarmte Bürger wird herausgegeben von:

Hans-Jürgen Graf, Leipziger Str. 4, 90491 Nürnberg, Tel. 0170/6510213

Horch amol aus Franken ist eine Privatpublikation ohne Gewinnerzielungsabsicht.

V.i.S.d.P.: Hans-Jürgen Graf

Redaktion: Hans-Jürgen Graf, Thomas M. Müller

Gestaltung: Thomas M. Müller

Bilder soweit nicht anders angegeben von Pixelio.de.
Karikatur von www.karikatur-cartoon.de

Fremdbeiträge enthalten nicht automatisch die Meinung der Redaktion. Für die Inhalte des Fremdbeitrags ist der jeweilige Autor selbst verantwortlich. Rechtliche Informationen geben lediglich die persönliche Meinung des Autors wieder und stellen keine Form der Rechtsberatung dar. Die Haftung für Fehler wird auf Fälle grober Fahrlässigkeit beschränkt.

Bei Werbehinweisen auf Seiten im Internet weise ich ausdrücklich darauf hin, dass es sich um Fremdseiten handelt an deren Herausgabe ich nicht beteiligt bin, und für deren Inhalte ich auch nicht verantwortlich gemacht werden kann.
(Ausgabe 4/08 - Nürnberg, 24.Mai 2008)